

Mai '81

rote blätter

EXTRA

Studentenmagazin

Organ des MSB Spartakus

Bafög statt Pershing II!

Jetzt reicht's! Gegen Bafög-Kürzungen, Rotstiftpolitik und Hochrüstung!

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften haben auf ihrer letzten Zentralratssitzung einstimmig bei drei Enthaltungen zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn am 3. Juni aufgerufen. Gemeinsam beschlossen Juso-Hochschulgruppen, Sozialistischer Hochschulbund, Liberaler Hochschulverband und MSB Spartakus, damit schnell und massiv auf die neuen Bonner Schweinereien zu antworten. Es gibt viele Gründe für diese Aktion. Die folgenden fünf sind unserer Meinung nach die wichtigsten.

Die Bafög-Kürzungen betreffen jeden! Wie? Mag jetzt manch einer sagen, jeden? Wo doch ich oder meine Nachbarin oder gar wir beide sowieso keine Bafög-Förderung bekommen? Sind doch eigentlich nur 35 Prozent, die das angeht – der Rest finanziert das Studium völlig anders!

Wer ein bißchen mitbekommt an unseren Hochschulen, weiß darüber hinaus, daß die Bafög-Kürzungen nur der erste Schritt sind, die Kürzungspläne des vergangenen Wintersemesters Realität werden zu lassen. Zehn Milliarden (!) will man an den Hochschulen bis 1981 einsparen und das bei steigenden Studentenzahlen!

Bafög-Kürzungen betreffen jeden

Stimmt – und eben drum. Denn wenn's nach den Plänen Engholms und der Bundesregierung geht, werden es demnächst noch weniger als 35 Prozent sein. Weil nämlich der Nachbar auch inzwischen kein Bafög mehr bekommt – dessen Eltern verdienen nach den neuesten Tarifverhandlungen knapp 5 Prozent mehr. Nominell zwar nur, denn Inflation und Steuererhöhung fressen es mehr als auf – aber der „Elternfreibetrag“, die Einkommensgrenze oberhalb der

Da sind die Bafög-Kürzungen nur das „Pilotprojekt“ in diesem Sommersemester – auch und vor allem deswegen gehen sie jeden etwas an. Merke: Wer heute die Bafög-Kürzungen unwidersprochen durchgehen läßt, muß morgen noch mit Schlimmerem rechnen!

Wer sich nicht wehrt ...

lebt verkehrt! geht die Zeile bekanntlich weiter. Und nichts wäre verkehrter, als anlässlich solch dreister Maßnahmen wie der Bafög-Kürzungen

nen – gekürzt wird den vielen, geschenkt den wenigen –, aber Druck kann der Minister gern haben.

Anders ausgedrückt: Wir halten es für die Verpflichtung der Studenten, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen dafür, daß wir uns nicht alles gefallen lassen, daß Kürzungen an den Hochschulen, im Studentenwohnheimbau, jetzt beim Bafög nicht einfach hingenommen werden.

Das ist auch wichtig für die Weiterentwicklung der Dinge in unserem Land. Überall gibt es scharfe Auseinandersetzungen: Millionen Metaller haben gestreikt, 100 000 in Brokdorf, 25 000 in Bonn gegen Mittelstreckenraketen. Hunderte von Hausbesetzungen. Und 100 000 Studenten haben im vergangenen Wintersemester gegen die Kürzungen demonstriert. Jetzt ist für jedermann ersichtlich, daß es nicht in erster Linie an den Hochschulleitungen oder am einzelnen Lehrkörpermitglied liegt, wenn der finanzielle Spielraum an den Hochschulen immer enger wird.



Am 16./17. Mai 1979, vor der letzten Anpassung der Bafög-Bedarfssätze und Elternfreibeträge, demonstrierten Studenten in Bonn für ein bedarfsdeckendes Bafög.

Foto: Menzen

chen. Aber auch soziale Betroffenheit. Immer weniger Menschen sind bereit, widerstandslos ihre „Rüstungsgroschen“ zu zahlen. Auch die Studenten nicht – und auch das soll in Bonn demonstriert werden.

deshalb am 3. Juni demonstrieren, tun wir es eben gegen Privilegien – gegen die Zementierung des Bildungsprivilegs.

chen werden und damit unser Kampf Aussicht auf Erfolg hat.

Nicht nur die Füße, sondern in den Köpfen, womöglich sogar am Gesetz. Ausgeschlossen ist Letzteres nicht.

Hochschulen selber erst richtig wirksam werden – schon jetzt haben VDS und einzelne ASTen bundeseinheitliche Aktionen, zum Beispiel Streiks, angekündigt.

die Einkommensgrenze, oberhalb derer die Kinder kein Bafög mehr bekommen, der wächst nicht mal so wie die Reallöhne. Weswegen, wer jetzt noch kein Bafög bekommt, wahrscheinlich nur bei völliger Verarmung jemals was bekommen wird – vom sozialen Anspruch ist da nichts mehr spürbar. Eigentlich sollten aber alle, deren Eltern nicht gerade Krösusse sind, Bafög bekommen, deswegen geht es auch alle an!

nahmen wie der Bafög-Kürzungen nicht zum schärfsten Protest zu greifen! „Die Bildungspolitik hat keine Lobby mehr“, hat sich Minister Engholm beklagt, als er mit den Bafög-Kürzungen rauskam. Er könne sich gegen den Finanzminister nicht wehren.

Nun richtet sich der Einfluß der angesprochenen „Lobby“ bekanntlich nicht nach der Anzahl der Betroffen-

en, sondern nach der Macht. Deswegen ist scharfer Protest vonnöten, deswegen wollen wir dort demonstrieren, wo die andere Seite ihre Entscheidungen fällt, in Bonn nämlich!

Es geht um den Kern: „Bafög statt Pershing II“

Die Forderung „Bafög statt Pershing II“ ist eine der Losungen, unter denen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften für die Demonstration am 3. Juni aufruft. Und in der Tat trifft diese Losung den Kern der wachsenden politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Es vergeht inzwischen kaum eine Woche, in der Apel und die Bundeswehr nicht mit neuen Milliardenforderungen kommen: Der Tornado kostet inzwischen das Zehnfache, für die NATO-Herbstmanöver will Apel noch eine Milliarde für Treibstoff – einmal gewinkt und schon bewilligt.

Der Hochrüstungskurs ist teuer, und sein Ende ist nicht absehbar – jedenfalls nicht von alleine.

Aber das Bewußtsein über die Folgen und Gefahren dieses Kurses wächst. Die Demonstrationen gegen die NATO-Mittelstreckenraketen haben inzwischen selbst bei nur landesweitem Charakter mehr als 25000 Teilnehmer, die Unterschriftenzahl unter den „Krefelder Appell“ bewegt sich auf die 400000 zu. Angst und Besorgnis wegen des Konfrontationskurses und der Hochrüstungspolitik von US-Regierung, NATO-Führung und Bundesregierung sind die Ursa-

chen. Bonn demonstriert werden, möglichst gemeinsam mit Kräften aus der Friedensbewegung.

„Alle sollen sparen“ – wofür, hat man schon gesehen. Sparen an der richtigen Stelle, bei Rüstung und Konzernsubventionen, dafür sind wir. Aber sind nicht auch die Studenten privilegiert – geht's ihnen nicht besser? Immer weniger, kann man da nur sagen – und:

Gemeinsam gegen das Bildungsprivileg der Reichen!

Das Bafög (zu deutsch Bundesausbildungsförderungsgesetz) sollte in der Tat ja dereinst ein „Antiprivilegien-gesetz“ sein. Arbeiterkinder sollten an die Hochschulen, so wurde versprochen. Davon ist nicht mehr die Rede. Statt dessen redet man von einer Verschärfung des Numerus clausus, wird die Auslese im Studium durch Andrehen der Leistungsschraube verstärkt, fallen mehr als 60 Prozent der Mediziner bei den Prüfungen durch, wird immer noch demagogisch von der „Lehrerschwemme“ gesprochen. Als ob nicht überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall die Regel wären! Und auch davon werden bekanntlich in erster Linie die Kinder „kleiner Leute“ betroffen.

Mit den neuesten Bafög-Regelungen platzt jetzt auch der letzte „Reform-lack“ von der Bildungspolitik der sozialliberalen Koalition. Wenn wir

Am 3. 6. nach Bonn – das bewegt was

Wir können dabei der Unterstützung der Gewerkschaften gewiß sein, die Demonstration wird einen Beitrag dazu leisten, daß sich das Verhältnis der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung verbessert. Das ist wichtig für beide Seiten, damit die Hochschulen nicht auch noch vollends zu Reservaten für die Kinder der Rei-

Ausgeschlossen ist Letzteres nicht – manch einem SPD- oder FDP-Bundestagsmitglied ist die Sache doch zu unangenehm. Immerhin hatte man vor den Wahlen ja noch wahre Wunderdinge bis hin zur jährlichen Anpassung der Bafög-Sätze versprochen.

Aber selbst wenn die „großen Erfolge“ ausbleiben, der scharfe Protest, das gemeinsame Handeln kann Mut machen. Schließlich geht es „vor Ort“ um dieselben Fragen. Im Wintersemester sollen die Kürzungen an den

Dafür und für den „täglichen Kleinkrieg“ im Seminar ist die Demonstration am 3. Juni ein wichtiger Impuls. Deshalb: Jeder, der sich über volle Seminare ärgert, jeder der bei Ausleseklausuren durchrasselt, jeder, dem Mensa- und Wohnheimpreiserhöhung stinken, der gegen den immer unerträglicheren Unialltag protestieren will, wer zuwenig Bafög bekommt, wer gegen den Hochrüstungskurs ist – auf nach Bonn am 3. Juni!



Im Wintersemester 81/82:

80% bekommen weniger Bafög

Die geplanten Änderungen des 7. Bafög werden im Prinzip fast jeden Studenten treffen, es sei denn, er kommt aus einer stinkreichen Familie und ist sowieso nicht auf eine finanzielle Unterstützung seines Studiums angewiesen.

Und diejenigen 35 %, die tatsächlich im Moment noch gefördert werden, werden zum WS 81/82 ganz konkret von Kürzungen betroffen sein. Sie ergeben sich daraus, daß die gesetzlich vorgeschriebene Anpassung um ein halbes Jahr verschoben werden soll, während die Strukturverschlechterungen bereits im Herbst wirksam werden sollen!

Aus der Stellungnahme des „Deut-

schen Studentenwerks e.V.“: „... dies ist angesichts der Steigerung der nominalen Einkommen und der Lebenshaltungskosten nicht zu vertreten, weil es zu einer Kürzung fast aller Förderungsbeiträge im WS 81/82 führen wird.“

In der Tat wird die Nichtanpassung der Elternfreibeträge an die Lohnerhöhungen bei gleichzeitiger Kürzung der Kinderfreibeträge (s.u.) reale

Beispiel 1: Eltern mit einem Kind
(bei einem Nettoeinkommen 1978 = 2200 DM, 1979 = 2354*
vorher:
Förderung WS 80/81: 68 DM
nachher:
Förderung WS 81/82: 00 DM
= minus 68 DM
*Einkommen 1978 und 1979 dienen als Grundlagen für Berechnung des Betrages

Kürzungen für ca. 80 % der Geförderten zur Folge haben, viele werden

Fortsetzung umseitig

3. Juni: VDS-Demo in Bonn



Foto: Hoffmann-Taroni

Wäre es nach Ronald Reagan gegangen, dann wäre Angela Davis, amerikanische Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin, auf dem elektrischen Stuhl in Kalifornien gelandet. Aber die internationale Solidarität hat sie davor bewahrt. Jetzt kommt sie zum Festival der Jugend. Am 19. und 20. Juni in Dortmund. Veranstalter von MSB Spartakus und SDAJ.

Zwei Tage zum Selbermachen, zum Informieren, Diskutieren, Feiern und Schwofen. Initiativen und politische Gruppen sind eingeladen, sich vorzustellen. Musik und Lieder mit Miriam Makeba, bots, Hanns-Dieter Hüsche, Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt, Franz K., Puhdys, Duo Z, Gebrüder Engel, ÖSTRO 430, Insisters und vielen anderen. Theater von der Schwarzen Witwe und dem Brecht-Ensemble aus der DDR. Frauenlieder von Ina Deter & Band im Frauenzentrum. Dort gibt's Infostände von Frauengruppen und Frauenhäusern, Diskussionen zu Gewalt gegen Frauen, Sexismus und anderes.

Am 20. Juni steigt die Friedensnacht. Mit Rock gegen Raketen,

der Friedensrevue, Frauenkonzert und vielen Diskussionen, u. a. mit Petra Kelly, der Bundesvorsitzenden der Grünen, Josef Weber, einem Mitinitiator des Krefelder Appells.

Und dort feiert der Spartakus seinen zehnjährigen Geburtstag. Mit vielen, vielen Tausenden. Also nichts wie Karte kaufen und hin.

Dortmund, 19./20. Juni, Westfalenhalle und umliegendes Gelände. Karten bei jedem Spartakisten: 19. und 20. 20,- DM, nur 20. 6. 15,- DM.



Fortsetzung

80% bekommen weniger Bafög

dadurch sogar ganz aus der Förderung herausfallen.

Zugleich werden die für den April nächsten Jahres geplanten Anpassungen (Elternfreibetrag um 130 DM, Förderungshöchstbetrag um 40 DM) nach Berechnungen des DSW nicht einmal die Kürzungen dieses Herbstes, geschweige denn die Preissteigerungen für die letzten zweieinhalb Jahre ausgleichen.

Zudem soll der gesetzliche Anpassungssturnus von gegenwärtig zwei auf drei Jahre verlängert werden!

Im einzelnen:

Besonders betroffen: Zweitstudien, Fachhochschüler und Fachhochschulabsolventen.

Die geplante Zweitstudienregelung beinhaltet, daß ein Zweitstudium nur noch dann gefördert wird, wenn es ein maximal auf vier Semester befristeten Ausbildungsgang in derselben fachlichen Richtung zur wissenschaftlichen Vertiefung beinhaltet. In Zukunft soll also nur noch ein sogenanntes Auf- oder Zusatzstudium finanziert werden. Für Fachhochschulabsolventen trifft diese Maßnahme noch härter: Sie werden nach absolviertem FH-Studium nur noch gefördert, wenn sie eine Ausbildung in derselben Fach-

richtung machen, und sie müssen bei vorheriger Erlangung der allg. Hochschulreife (durch Absolvierung der Zwischenprüfung mit 2,0 und besser) sofort die Hochschule wechseln, um in ihrem Zweitstudium weiter gefördert zu werden.

Der zweite Bildungsweg wird zur Sackgasse

Absolventen des zweiten Bildungswegs, die eine Lehre und mehrjährige Berufstätigkeit hinter sich haben, also der Kreis der **elterunabhängig** Geförderten soll in Zukunft nur noch auf Darlehensbasis gefördert werden. Ausnahme: es sei denn, er akzeptiert, daß er **elterunabhängig** gefördert wird, was aber wiederum einen weitaus niedrigeren Förderungssatz bedeutet.

Außerdem soll das Kindergeld von dem Förderungsbetrag abgezogen werden, was z. B. bei einem 3. Kind 210,- DM Kürzung bedeutet.

Die größte Schweinerei: neue Berechnung des Kinderfreibetrags

Zur Information: Bisher wurde der Freibetrag der Eltern, also der Betrag, den Eltern einnehmen können, ohne daß dieses auf die Berechnung des Bafögs einen Einfluß hat (also der Satz gemindert wird), um einen Kin-

derfreibetrag ergänzt. Dieser Kinderfreibetrag soll in Zukunft auf 50 DM bis 150 DM pro Kind begrenzt werden. Diese Kürzung des Freibetrags heißt real auch eine Kürzung des Bafög-Satzes, da dieser ja aus dem Freibetrag der Eltern berechnet wird. Hierbei sind insbesondere kinderreiche Familien benachteiligt.

Der Vorschlag, den Prozentfreibetrag für die Kinder nach oben zu begrenzen, ist skandalös. Dieser errechnet sich aus der Differenz des gesetzlichen Freibetrags und des Einkommens der Eltern und ist im wesentlichen abhängig von der Kinderzahl. Wird dieser Betrag nun nach oben begrenzt, sind auch hier insbesondere die kinderreichen Familien betroffen. Resultat dieser Pläne wird eine Einengung des Kreises der Geförderten als auch eine reale Kürzung der Weitergeförderten sein.

Weitere Schweinereien

Das Bafög wird grundsätzlich nicht mehr rückwirkend ausgezahlt (vorher bis zu drei Monaten), sondern nur noch ab dem Tag der Antragstellung. Hier sind natürlich insbesondere Studienanfänger und „Nachrücker“ angeschissen. Außerdem sollen die Förderungsbeiträge in Zukunft grundsätzlich abgerundet werden. Zusätzlich sollen die Raten bei der Darlehensrückzahlung erhöht werden.

Durch diese Veränderungen wird das

Bafög verstärkt ein Instrument des sozialen Numerus clausus ... Arbeiterkinder und Frauen werden vom Studium abgeschreckt, dem zweiten Bildungsweg wird der Geldhahn zugedreht, weiterführende Studiengänge werden nur noch für Kinderreicher Eltern erschwinglich, kinderreiche Familien werden weiter benachteiligt. Frauen sind besonders betroffen, da die weitere Benachteiligung kinderreicher Familien zu Lasten des Hochschulzugangs für Frauen geht. Die Doppelbelastung für Frauen mit Kindern durch Studium, Schwangerschaft und Kinderbetreuung wird nicht berücksichtigt, im Gegenteil, im neuen Gesetzentwurf wird die Schwangerschaft mit Krankheit gleichgestellt und maximal drei Monate auf die Förderungsdauer angerechnet!

Beispiel 2: Eltern mit drei Kindern
einem studierenden, einem über und einem unter 15 Jahren, bei Nettoeinkommen 1978 = 3210 DM*
vorher: Förderung WS 80/81: 197 DM
nachher: Förderung WS 81/82: 57 DM
= minus 140 DM

Insgesamt wird durch diesen Bafög-Skandal – insbesondere in Zusammenhang mit den anderen sozialen Verschlechterungen das Bildungsprivileg der Reichen verstärkt.

Es lesen mehr Leute rote blätter als man denkt



jetzt abonnieren!

denn jeder Neue

bekommt

ein Buchgeschenk

Jeder neue Abonnent kann sich ein Buchgeschenk nach eigener Wahl aus dem Angebot der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verlage auswählen. Bis zum Preis von 14,80 DM.

das heißt: Jahresabo zum Schottenpreis!

Jahresabo	19,50 DM
Buchprämie für jeden neuen Abonnenten	— 14,80 DM
Schottenpreis	4,70 DM

rote blätter im Mai '81:

Die Jugend in Bewegung
— Studentenbewegung
— Instandbesetzerkongreß
— Spontaneität und Organisiertheit
Thesen zur Lehrerbearbeitungslosigkeit
Prostitution — der neue Teilzeitjob?
Ende einer Beziehung
Die Reagan-Gang (neue Serie)
Danzler-Interview

rote blätter

☐ Ich abonniere die roten blätter
ab Nr. ...
bis auf Widerruf
(Jahresabo: 19,50 DM mit Buchprämie)

Vorname, Name _____
Straße _____
Postleitzahl, Ort _____
Unterschrift _____ Datum _____

Bestellungen an:
rote blätter, Postfach 2006
5300 Bonn 1

Gutschrift Überweisung durch

COMMERZBANK

Empfänger: Björn Engholm, Wiss. Minister, Bonn

Konto-Nr. des Empfängers: 000 000 000 bei — oder ein anderes Konto des Empfängers: Sparclub Bonn

Bankleitzahl: 08/15

Verwendungszweck (nur für Empfänger): Lieber Björn, hab' gehört, daß Graf Lambsdorff und Mutti Matthöfer Dich beim Bafög knapphalten wollen und Randalen droht. Ist echt nicht nötig. Bildung kostet doch nur 'n Apfel und 'n Ei. Bevor die weiter so 'n Wind machen, schick ich Dir 'ne Milliarde vom Tornadogeld. Die Russen kommen ja doch nicht. Dein Hans

Betrag in Buchstaben (unter 1000 DM einbüchlich): Eins Feld durchstreichen.

1 Milliarde

Auftraggeber: Haus Apel, Verteidigungsminister, Hardthöhe

164/04/4 80873

Mehrzweckfeld

Konto-Nr.

Betrag

Bankleitzahl

Text

RCDS – schmarotzt wird nicht!

Die Empörung über die Bafög-Verschlechterung und damit über die Politik der Bundesregierung ist groß. Natürlich versuchen die Rechtskräfte, die CDU/CSU und ihre Tochterorganisationen, davon zu schmarotzen. Die Verbitterung über die sozialliberale Regierung wollen sie in rechtes Fahrwasser lenken. Ein Mittel dazu ist immer soziale Demagogie.

Seit Jahren z. B. verfährt der RCDS mit seinen Bafög-Forderungen so, daß er schaut, was VDS und GEW fordern, schlicht 100 DM draufschlägt und glaubt, sich so als „sozialer“ profilieren zu können. Kosten tut ihn das ja nichts. Er fordert ja sowieso nur ins Blaue hinein.

Jetzt tönt der RCDS: „Was ist an dieser sozialliberalen Bundesregierung noch sozial?“ und: „Nach dem Rentenbetrug nun der Studentenbetrug“. Mit dieser Feststellung hat er recht. Sie hat aber nur die Funktion, sich selbst und die CDU/CSU als besonders sozial anzupreisen.

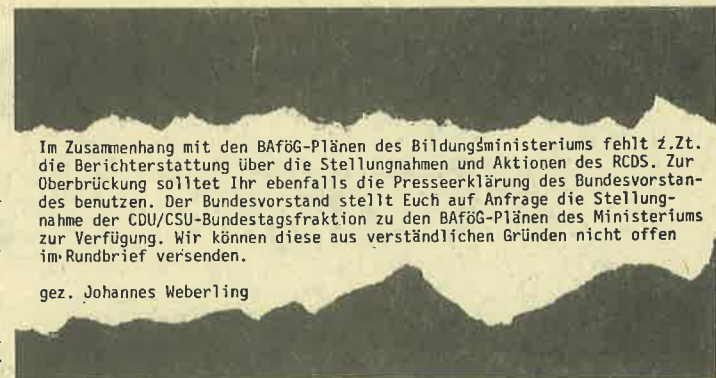
Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Die CDU hat wie der RCDS öffentlich die Verschiebung der Bafög-Anpassung um ein halbes Jahr kritisiert. Das stand in allen Zeitungen. Hinter den Kulissen aber, im Haushaltsausschuß, hat die CDU/CSU für die Begrenzung des Bafög-Haushaltsansatzes auf 2,4 Milliarden DM gestimmt. Ihr bildungspolitischer Sprecher Daweke nannte den Engholm-Gesetzentwurf einen, angesichts der Haushaltslage, „angemessenen Kompromiß“. Kritisiert wurde allerdings, daß die alte CDU/CSU-Forderung nach schärferen Leistungsnachweisen nicht berücksichtigt wurde, daß die Darlehensregelung nicht weiter ausgedehnt wurde. Diese Ausdehnung des Darlehens strebt auch der RCDS an. Auf seiner vorletzten Bundesdelegiertenversammlung erklärte der RCDS-Bundesvorsitzende Dingerkus:

„Abstriche an der materiellen Ausstattung der Hochschulen oder Verzicht auf Privilegien wie die Subventionierung des Mensaessens... Die deutschen Studenten sind bereit, wegen der verschärften weltpolitischen Lage... die Erfüllung vieler eigenen Wünsche zurückzustellen.“ Originalton RCDS. Strammstehen, Hochrüstung und „Stillgestanden!“ sind wieder gefragt. Da schlägt die CDU/CSU-Nachwuchstruppe gern die Hacken zusammen.

Diesmal wurde auf der Bundesdelegiertenversammlung in Aachen auch über das Bafög geredet. Beschlossen wurde nichts; aber daß der RCDS auch „Strukturveränderungen“ des Bafög anstrebe, die auch bis zu hundertprozentiger Kreditregelung gehen könnten (vgl. Aachener Volkszeitung vom 14. 3. 81), wurde der Presse schon mal mitgeteilt. Darüber hinaus propagiert der RCDS im Rahmen der Privatisierungskampagne der CDU/CSU den grandiosen

Vorschlag, endlich alle Studentenwerke und das DSW aufzulösen. So könne man sparen, und außerdem tue sich da doch ein ganz tolles Betätigungsfeld für die Verfaßte Studentenschaft auf. Milchverwaltung im Maßstab der Massenhochschule.

Also: Weder die CDU/CSU noch ihre „Speerspitze an den Hochschulen“ (CDU-Generalsekretär Heiner Geißler über den RCDS) lassen wir schmarotzen, wenn wir für unsere sozialen Interessen eintreten. Die Demo in Bonn tut den Rechtskräften weh. Wenn es heißt „Bafög statt Pershing II“, dann stehen die NATO-Fans auf der anderen Seite der Barrikade.



Im Zusammenhang mit den Bafög-Plänen des Bildungsministeriums fehlt z.Zt. die Berichterstattung über die Stellungnahmen und Aktionen des RCDS. Zur Überbrückung solltet Ihr ebenfalls die Presseerklärung des Bundesvorstandes benutzen. Der Bundesvorstand stellt Euch auf Anfrage die Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Bafög-Plänen des Ministeriums zur Verfügung. Wir können diese aus verständlichen Gründen nicht offen im Rundbrief versenden.

gez. Johannes Weberling

Diese Passage stammt aus dem Pressespiegel Nr. 03/81 vom 14. 4. 1981, den der RCDS-Bundesvorstand in seinem Rundbrief verschickt. Wir verstehen sehr wohl die Gründe, aus denen heraus der RCDS nicht offen (!) die Stellungnahme der CDU/CSU verbreiten kann. Es würde zu deutlich, wie sehr RCDS und CDU/CSU unter einer Decke stecken. Da der RCDS gleichzeitig beklagt, es fehle die Berichterstattung über die Stellungnahmen des RCDS, wollten wir dies gerne korrigieren. Bitte, bitte, lieber Weberling, deine erste Großtat als neuer RCDS-Bundesvorsitzender im Versteckspiel haben wir gerne der Öffentlichkeit kundgetan.



Die Mai-Ausgabe der roten blätter:

Das steht u. a. drin:

- Bericht über die Mitgliederversammlung der VDS ● Studentenbewegung und Häuserkampf ● Subjektivität und Organisation ● Arbeitslos auf Akademisch – Erfahrungen eines Lehrers ohne Aufgabe ● Die Reagan-Gang (neue Serie!) ● Prostitution – der neue Teilzeitjob? ● Ende einer Beziehung ● Danzer-Interview ●

Björn Engholm – der smarte Verzichtsapostel

Er ist schon ein smarterer Boy: Björn Engholm, der neue Chef im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. So smart, wie er sich gibt, hat er jetzt mit seinem Erstlingswerk zugeschlagen. Denn die Kabinettsentscheidung ist auf seinem bzw. seines Ministeriums Mist gewachsen. Damit kann er sicher sein, hohes Lob aus Kanzler- und Auswärtigem Amt zu bekommen, hält er sich doch korrekt an die Linie der Bundesregierung, alles zum Wohle des Rüstungshaushalts zu tun, gleichzeitig im eigenen Bereich zu kürzen und dies alles als gute Tat verkaufen zu lassen („Mehr Bafög für weniger Studenten“). Smart, smart.

Erinnern wir uns: Helmut Rohde, einer der Vorgänger Björns im BMW anno domini 1974:

„Die sozialliberale Koalition und die Bundesregierung haben sich nicht beirren lassen und ihren politischen Willen in die Tat umgesetzt, für die Jugendlichen in der Bundesrepublik die Ausbildungschancen zu verbessern.“

Long time ago, möchte man sagen. Wie klänge dieser Satz heute? Vielleicht so:

„Die soziallibe... nicht beirren lassen und... umgesetzt, alle Reformversprechen rückgängig zu machen.“

Man denke an den Zweiten Bildungsweg. Das Bafög ist da bloß eine Spezialität. Der Engholm-Vorgänger Schmude erlaubte sich 1980 noch zu formulieren:

„Das Bafög ist wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Chancengleichheit im Bildungswesen... Der Kreis der Förderungsberechtigten ist seit 1971 ständig erweitert worden.“ Nun liegt der Scherbenhaufen vollends vor uns. Denn obige Sprüche waren ja im letzten Jahr nur ein Versuch, den ständigen Abbau mit mar-

kigen Sprüchen zu kaschieren. Der smarte Björn hat jetzt nur die undankbare Aufgabe bekommen, den sogenannten „Sachzwängen“ sich anzupassen und die Entscheidung möglichst gut zu verkaufen. Das klingt dann folgendermaßen:

„Für die Jahre 1981 bis 1984 sind im Haushaltsentwurf und der Finanzplanung die Ansätze für die Ausbildungsförderung – trotz der schwierigen finanzwirtschaftlichen Gesamtsituation – auf dem hohen nach dem unerwarteten Kostenaufwuchs 1980 erreichten Niveau von 2400 Millionen DM gehalten worden.“

Wenn man da bloß kein schlechtes Gewissen bekommt! Das klingt dann tatsächlich so, als ob man froh sein muß, daß es überhaupt noch etwas gibt. Ein smarterer Zug, eben.

Da ist sein Kollege Apel von der Hardthöhe nicht so verlegen: Ende April tönte es aus seinem Ministerium, man brauche dringend eine Milliarde, weil im Herbst der Sprit



Dies ist nicht Björn Engholm bei einer Demonstration auf der Straße. Hier sitzt kein Sprücheklopfer, sondern ein von Bafög-Misere und Wohnungsnot Betroffener.

der Bundeswehr angeblich ausgeht. Er wird sie bekommen. Denn Apel bekommt alles, seinen Tornado zum Beispiel. 322 an der Zahl. Einer allein kostet zur Zeit ca. 100 Millionen. Während bei den Hochschulausgaben 220 Millionen, beim Bafög 350 Millionen gespart werden sollen, kriegt der Verteidigungshaushalt 6,2 Prozent mehr.

Wir werden geopfert

Viele haben erkannt: Da ist was faul, das stinkt zum Himmel. Auf dem Altar der Hochrüstung soll weiterhin geopfert werden, und zwar wir. Wir sollen die Opfer sein. Wie sagt's unser Helmut?

„Die Deutschen sind verwöhnt.“ Und empfiehlt, „...sich aus dem einseitigen Anspruchsdenken zu befreien, das die Wachstumsgesellschaft mit sich gebracht habe. Ich möchte die Bürger

ermutigen, zum Beispiel den Konsumzwang abzuschütteln, den sie sich selbst auferlegt oder dem sie sich unterworfen haben.“

Und wer soll verzichten? Nicht Apel und die Bundeswehr, nicht Schmidt, Kohl, Strauß, nicht Thyssen, Flick, und wie die Vögel alle heißen, sondern die Bevölkerung, die weniger Wohnungen, weniger Schulen und Hochschulen, weniger zu essen bekommen soll, dafür aber mehr bezahlen muß.

Björn selber hat dies so zum Ausdruck gebracht: Es gebe keine Bildungslobby mehr. Wen immer er damit meint: Diese Lobby gibt es, sie sitzt zu Tausenden und Millionen in Schulräumen und Hörsälen und wird in der nächsten Zeit allzu massiv zeigen, daß sie gewillt ist, ihre Macht einzusetzen: auf der Straße, in der Aktion.

So hat Engholm selbst schon den Protest zu spüren bekommen: Bei einer gemeinsamen Aktion von VDS und GEW wurden ihm 20000 Unterschriften – an einer Wäscheleine aufgehängt – mit den Bafög-Forderungen der GEW übergeben. Smart, wie er ist, hat er sich selbst den GEW-Button mit angesteckt und sich locker-lässig in die Diskussion eingebracht.

Bafög statt Pershing

Wir aber werden ihm (und nicht nur ihm) noch mehr zeigen, daß wir seine Entscheidung nicht so leicht akzeptieren werden. Bafög statt Pershing heißt unsere Devise, und wir werden sie am 3. Juni deutlich genug zum Ausdruck bringen: als die Bildungslobby.

Impressum: Extraausgabe des monatlich erscheinenden Studentenmagazins „rote blätter“. Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. Verantwortlicher Redakteur: Franz Sommerfeld, Busehstraße 81, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 20 53/54.